

Antrag Nr. 17/2015



	am	TOP
VA	05.03.15	

Celle, den 3. März 2015

Resolution zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA sowie zum Dienstleistungs-abkommen TISA

Der Rat der Stadt Celle appelliert an die Kommission der Europäischen Union, an das Parlament der Europäischen Union, an die Bundesregierung sowie an die Landesregierung Niedersachsen, sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungs-abkommens "Trade in Services Agreement" (TISA) sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für Schutz und Erhaltung der sozialen, ökologischen, rechtstaatlichen und kulturellen Standards, insbesondere der kommunalen Selbstverwaltung, der kommunalen Daseinsvorsorge sowie aller kommunal erbrachten Dienstleistungen und Angebote einzusetzen.

Der Rat der Stadt Celle fordert, dass

1. die Verhandlungen so geführt werden, dass größtmögliche Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit gewährleistet wird,
2. die europäischen und nationalen Willensbildungsprozesse durch die Abkommen weder direkt noch indirekt eingeschränkt werden,
3. die Abkommen bestehende soziale, ökologische und kulturelle Standards nicht aushebeln dürfen und statt dessen Verbesserungen dieser Standards jederzeit möglich sein können,
4. die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur und Dienstleistungen nicht eingeschränkt und Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien nicht verschlechtert werden dürfen,
5. BürgerInnenrechte, Sozial- und Umweltstandards und die Möglichkeiten deren politischer Durchsetzung auch auf kommunaler Ebene nicht durch Investitions-Schutzregelungen, so z.B. Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren parallel zur bestehenden Gerichtsbarkeit, gefährdet werden dürfen,
6. kein Unternehmen vor einem Schiedsgericht besser gestellt werden kann als vor einem innerstaatlichen Gericht sowie schließlich
7. Überführung der bisherigen privatwirtschaftlich organisierten Schiedsgerichte in öffentlich-rechtliche Handelsgerichtshöfe mit Berufsrichtern (anstelle Vertretern von engagierten Anwaltskanzleien), transparenten Verfahren und Berufungsinstanzen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen zu TTIP und TISA auf EU-Ebene im Bereich der Dienstleistungen aktiv für sogenannte Positivlisten einzutreten, die explizit nicht die kommunale Daseinsvorsorge sowie den Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich tangieren.

Der Rat der Stadt Celle erklärt, dass die Nichteinhaltung der oben aufgeführten Bedingungen die Ablehnung der Abkommen zur Folge hätte.

Die Anwendung von Negativlisten im bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) darf nicht gebilligt werden, hier werden Nachverhandlungen gefordert.

Jürgen Rentsch
Fraktionsvorsitzender

Jens Rejmann
Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Patrick Brammer